

Dokumentation

"50 Jahre Arbeit für eine vom Vertrauen der Bürger getragene Polizei"

Auszüge der Rede des GdP-Vorsitzenden Norbert Spinrath aus Anlass der Feier zum 50-jährigen Bestehen der GdP am 14. September 2000 in Hamburg

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

... Die Gewerkschaft der Polizei feiert auf Bundesebene heute ihren 50. Geburtstag.

Die Frage stellt sich, wer denn da feiert.

Wer ist denn das - die Gewerkschaft der Polizei?

Ist es die große Berufsvertretung mit dem politischen Gewicht von über 190.000 Mitgliedern?

Sind es die einzelnen Menschen, die die Gesamtmitgliederzahl von über 190.000 ausmachen, also die Polizistinnen und Polizisten quer durch alle Laufbahngruppen und Dienstgrade, die Angestellten, die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Polizei - kurzum, die vielen Menschen, die in den unterschiedlichsten Funktionen, Positionen und Berufen ihren Anteil daran haben, dass die Polizei laut einer jüngsten Emnid-Umfrage diejenige öffentliche Institution ist, die das weitaus größte Vertrauen der Bevölkerung genießt?

Ist es die innere Organisation, das Geflecht aus 16 Landesbezirken und den Bezirken Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz - zuzüglich rund 600 Kreis- und Bezirksgruppen?

Alles dies ist richtig - und das ist bereits Grund genug zum Feiern.

Es ist aber noch mehr. Es ist die Idee, die Vision. Es ist die Vision, eine Polizei mitzugestalten,

- die eine unverzichtbare Stütze für den demokratisch verfassten Rechtsstaat ist,
- die den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt,
- die aber auch für die Polizistinnen und Polizisten, für die Angestellten, für die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Polizei reklamiert, dass die gemeinsame Arbeitsleistung für die innere Sicherheit in wirtschaftlicher, sozialer und beruflicher Hinsicht entsprechend honoriert wird.

Es ist die Überzeugung, einzustehen für eine gemeinsame Sache, gemeinsame Interessen zu bündeln und zu vertreten, die der Einzelne nicht erreichen kann.

Diese Grundposition gewerkschaftlichen Selbstverständnisses ist - so hört man immer wieder - in Gefahr geraten, ist vom Aussterben bedroht, weil sie sich ähnlich wie die riesenhaften Saurier selbst überlebt hat.

Sie passe nicht in die moderne Arbeitswelt, so heißt es, sei völlig unflexibel und zum Ritual erstarrt,

treffe schon längst nicht mehr das Lebensgefühl vieler Menschen, die heute viel lieber selbst, ganz persönlich ihre individuellen Interessen verfolgen.

Die aktuelle Botschaft lautet:

Wer Ellenbogen einsetzt, gerne auch auf Kosten anderer, ist ein Kerl, zeigt Durchsetzungskraft, wer von Solidarität und Menschlichkeit spricht, ist ein Weichei, ein Träumer.

So beschreibt es der berühmte Zeitgeist.

Ich sage: Welch ein Irrtum! Es ist doch genau umgekehrt.

Was ist leichter als sich dem Zeitgeist anzupassen?

Geschmeidige, windschnittige Typen gibt es genug.

Wo sind die Menschen mit Ecken und Kanten, die selbst denken und nicht vom Zeitgeist denken lassen?

Kurt Tucholsky hat es auf den Punkt gebracht. Ich zitiere:

"Nichts ist schwieriger und nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein!"

Damit ist nicht schlichte Verweigerung gemeint, sondern selbstbewusstes eigenes Denken. Denken, das bestimmt ist von Werten, ohne die menschliches Zusammenleben, eine menschliche Gesellschaft keine Zukunft hat.

Die deutsche Sprache kennt drei Begriffe, die gleichsam als Synonym für Gemeinschaft, für Zusammenstehen, für Solidarität stehen. Ich möchte sie hier vorstellen, dabei aber auch auf die Perversionen eingehen, die zwei dieser Begriffe durch politischen Missbrauch erlitten haben.

... Die Gewerkschaft der Polizei hat sich in den fünfzig Jahren ihres Bestehens nie als bloße Interessenvertretung zur Verbesserung der Einkommen der Polizeibeschäftigten gesehen. Es ging und geht vielmehr um eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung und Verantwortung.

Wir stehen für eine Polizei, die in einem demokratischen Rechtsstaat der inneren Sicherheit im allgemeinen und den Ansprüchen der Bürger auf ein friedliches Zusammenleben im besonderen verpflichtet ist. Der damalige GdP-Vorsitzende Werner Kuhlmann hat auf dem Kongress 1968 in Berlin das Credo der GdP wie folgt zusammengefasst:

"Wir selbst halten uns bei aller gebotenen Bescheidenheit für eine moderne, aufgeschlossene Gewerkschaft, die sich über die polizeiliche Interessenvertretung hinaus stets zur gesellschaftsbildenden Funktion der Gewerkschaften bekannt hat. Alle unsere Bemühungen, das Besoldungs- und Tarifrecht, das Beamtenrecht und das allgemeine Dienstrecht im Sinne der gewerkschaftlichen Zielsetzung zu beeinflussen, sind deshalb nicht nur an den durchaus legitimen Interessen der eigenen Gruppe orientiert, sondern ebenso auf das Gemeinwohl gerichtet."

Die GdP hat also den Werdegang der jungen Republik mit ihrer Arbeit für eine in den demokratischen Rechtsstaat eingebettete und vom Vertrauen der Bürger getragene Polizei aktiv mitgestaltet. Dass bei dem Eintreten für eine qualitativ hochwertige Polizeiarbeit auch eine entsprechende Bewertung und

Bezahlung eingefordert wird, ist für eine Gewerkschaft selbstverständlich.

Das gilt auch nach zehn Jahren deutscher Einheit. In dieser Zeit haben wir in der Polizei mit großem Engagement und auch mit großen Anstrengungen unseren Beitrag geleistet, um zu einem gemeinsamen Rechts- und Staatsverständnis zu finden.

Ich sage aber auch:

Mit der Hartnäckigkeit, für die die GdP bekannt ist, setzen wir unsere Arbeit fort, um zu gleichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in der Polizei zu kommen.

50 Jahre Gewerkschaftsgeschichte sind zugleich ein Spiegelbild von 50 Jahren Entwicklung der Polizei in der Bundesrepublik, auf vielerlei politischen Feldern, allen voran der inneren Sicherheit, darüber hinaus auch ein Spiegelbild der Bundesrepublik selbst.

Im Jahr 2000, dem 50. Jahr des Bestehens der GdP, ist dieser Spiegel nicht ohne Trübungen.

Noch nicht einmal sechs Monate waren vorbei, da hatten wir sieben Menschenleben zu beklagen, zwei Polizistinnen und fünf Polizisten, im Dienst ermordet.

Wer zur Polizei geht, weiß um die persönlichen Risiken, auch um das Lebensrisiko. Was die jüngsten Fälle so unfassbar macht, ist die Tatsache, dass sie aus Alltagssituationen entstanden, selbst nach polizeilicher Berufserfahrung kein Angriff, geschweige denn ein lebensbedrohlicher, zu erwarten war.

Dies ist der Grund, weshalb die GdP zusammen mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen die Initiative ergriffen hat, die zurückliegenden etwa 500 Fälle lebensbedrohlicher Angriffe auf Polizeibeamte systematisch untersuchen zu lassen. Ich bin der Innenministerkonferenz sehr dankbar, dass sie sich dieser Initiative nicht nur angeschlossen, sondern sie durch eigene ergänzende Aspekte angereichert hat.

So bleibt wirklich nichts unversucht, sozusagen jeden Stein umzudrehen, um Hinweise zu finden, um Ausbildungskonzepte und Trainingspläne der Polizei im Hinblick auf die Eigensicherung noch weiter auszufeuern, aber auch weitere Konsequenzen, beispielsweise bei der Ausstattung, zu ziehen.

Dazu gehört auch die seit Jahren leidige Frage nach ausreichend komfortablen, sprich über die Gesamtzeit einer Dienstschicht tragbaren Schutzwesten, die gegen Schüsse wie Stiche gleichermaßen schützen. Hier voran zu kommen, wäre ein beachtlicher Erfolg.

... Es gehört zur Tradition der GdP, Flagge zu zeigen gegen politischen Extremismus, egal in welcher Form. Wir haben da Erfahrung. Viele von denjenigen, die damals nach Ende des Zweiten Weltkrieges mithalfen, eine neue, eine demokratische Polizei aufzubauen, setzten als Gewerkschafter das Werk fort, das sie 1933 aufgeben mussten; sie bauten die gewerkschaftliche Vertretung der Polizeibesetzten auf.

Sie hatten eines gelernt: Im Kampf gegen politischen Extremismus darf man sich nicht auseinanderdividieren lassen, man muss gemeinsam die Demokratie verteidigen.

Die GdP hat dies auch 1989 getan, als die Republikaner ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wurden. Es war die GdP und nicht die großen politischen Parteien, die damals den Republikanern das demokratische Mäntelchen wegzog. Wir haben in einer Analyse des Parteiprogramms und der authentischen Äußerungen bei Parteiveranstaltungen und auf Flugblättern nachgewiesen, welcher

rechtsextreme Geist dort weht. Anschließend sind wir wie die Wanderprediger durchs Land gezogen, weil wir uns vor Einladungen auch aus den demokratischen Parteien kaum noch retten konnten, um diese politische Aufklärungsarbeit zu leisten.

Und heute? Heute diskutiert man über ein Verbot der NPD, wofür es gute Gründe gibt. Es gibt auch ebenso gute Gründe, es zu lassen. Die Prüfung ist auf einem guten Weg.

Aber es gibt vor allem dringenden Anlass, sich sehr ernsthaft mit den Ursachen zu beschäftigen. Auch hier sind längst Vorarbeiten geleistet worden.

Erinnert sich eigentlich niemand an die Berliner Rede von Bundespräsident Johannes Rau vom 12. Mai dieses Jahres, in der er viel Bedenkenswertes sagte mit dem bezeichnenden Titel "Ohne Angst und ohne Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben". Er wies auf die ganz alltäglichen Schwierigkeiten im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Herkunft hin, die man nicht schönreden darf, sondern die gelöst werden müssen, wenn man der Fremdenfeindlichkeit nicht Vorschub leisten will.

Wenn jetzt in aller Eile und Hektik an Aktionsplänen und Punktekatalogen gebastelt wurde, weil das ja gerade lauthals gefordert wurde, hätte man sich vielfach die Mühe sparen können: Die Rede des Bundespräsidenten bietet reichlich Ansätze.

Lauthals wird auch wieder nach der Polizei gerufen, die - wie gesagt - gestern noch die Kampfhunde jagen sollte. Fällt niemandem auf, dass man nicht alle vierzehn Tage nach Belieben die Schwerpunktsetzung polizeilicher Arbeit verändern kann? Wenn es noch nicht aufgefallen sein sollte: Wir haben bei neuen Themen keine Ersatz-Polizei im Keller, die dann einspringen könnte - es ist immer ein- und dasselbe Personal.

Im übrigen: Diejenigen, die jetzt nach der Polizei schreien, sind oft dieselben, die zuvor aus Haushaltsgründen die Polizei personell oder sächlich reduziert haben.

Und auf noch eines will ich hinweisen:

Bei jeder Debatte über neue Sonderaufgaben, die man gerne von der Polizei erledigt wissen möchte, darf bitte sehr nicht vergessen werden, dass es den ganz gewöhnlichen Alltag gibt. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben einen Anspruch auf die Dienstleistung ihrer Polizei. Ganz normal, Tag für Tag, rund um die Uhr.

Dass die Personaldecke schon lange nicht mehr reicht, ist nicht alleine eine gewerkschaftliche Klage, die man gleichsam unter Hinweis auf durchsichtige Gründe einer Interessenvertretung zurückweisen könnte. Auch Innenminister sehen zunehmend den Personalmangel.

Da fällt mir eines ein, Herr Bundeskanzler. Waren Sie es nicht, der damals einige Monate vor der Bundestagswahl als Kanzlerkandidat versprochen hat, für mehr Polizei auf der Straße zu sorgen und die damit einhergehende Finanzierungsfrage über eine bessere Finanzausstattung der Länder regeln wollte? Ich fände es schon interessant, hierzu den jüngsten Sachstand zu erfahren.

Apropos Sachstand:

Die Tarifrunde 2000 ist gelaufen. Jetzt geht es um die Beamtinnen und Beamten. Kann es etwas anderes geben als die sofortige Übernahme des Tarifergebnisses für den Beamtenbereich? Meine Kolleginnen und Kollegen erwarten dies - auch die Versorgungsempfänger!

... Geburtstagskindern gewährt man gemeinhin einen Wunsch. Für die GdP auf Bundesebene, die heute 50 Jahre alt wird, will ich zwei äußern:

Erstens:

Ich wünsche, dass nicht Hektik, sondern Stetigkeit das Qualitätszeichen erfolgreicher Politik für die innere Sicherheit, für das friedliche Zusammenleben in Deutschland ist.

Zweitens:

Ich wünsche, dass Ihnen, liebe Politiker, die Polizei am Herzen liegt. Moralisch-ethische Werte bestimmen die Spielregeln unserer Demokratie, die für alle, die hier leben, verbindlich sein müssen. Auf den notwendigen Spielregelgehorsam zu achten, ist Aufgabe der Polizei - auch in Zukunft.

Und weil die Briefftasche nicht weit weg vom Herzen zu finden ist, lege ich Ihnen die Polizei ganz bewusst auch auf die Tasche. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit, ein aus unserer Verfassung hergeleiteter Anspruch der Bürgerinnen und Bürger, ist nämlich - wie Bundesinnenminister Otto Schily es auf einer GdP-Veranstaltung treffend formulierte - ein eigenständiger Wert jenseits ökonomischen Kalküls.

Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis, dass diese Begrüßung etwas mehr war als ein einfacher Willkommensgruß. Aber so ist das: Als Geburtstagskind hat man das Herz voll.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 10/2000](#))